



Foto: Uwe Witt

Der Klimagipfel in Kopenhagen ist gescheitert. Statt eines neuen Klimaschutzabkommens wurde ein unverbindliches, völlig unzureichendes Abschlussdokument „zur Kenntnis genommen“ ... Die vielen Proteste in Kopenhagen – von Umweltverbänden, Kirchen und vielen linken Bündnissen – haben gezeigt, dass sich enormer Unmut gegenüber dem UN-Klimaprozess regt. In Kopenhagen wurde die Saat für eine neue Bewegung für Klimagerechtigkeit gelegt. Insofern kann das Scheitern auch eine Chance sein. (Eva Bulling-Schröter, MdB, DIE LINKE; weiterlesen: www.bulling-schroeter.de)

Nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht!

Mehr Druck von LINKS – mit überzeugenden Ideen und Alternativen innerhalb und außerhalb der Parlamente

Das Jahr beginnt mit zwei Ereignissen, die zu Recht als Tradition der Linken bezeichnet werden. Wir werden Rosa und Karl gedenken – gemeinsam mit vielen anderen Mitgliedern der noch jungen Partei der Europäischen Linken (EL). Die erste alljährliche Vorstandstagung der EL findet zum sechsten Mal in Berlin statt. In diesem Jahr steht die Vorbereitung des 3. Kongresses im Dezember auf dem Programm. Mit dem Lissabon-Vertrag bekommt die Europäische Union eine geänderte Architektur. Sie wird den Anforderungen nach einer krisensicheren, gerechten Weltwirtschaftsordnung, nach friedlicher und nachhaltiger Entwicklung nicht annähernd gerecht. Im Gegenteil. Die Strategien des Freihandels und der Aufrüstung sind dieselben, die Sozialdumping und Lösungstau bei der Klima- und Energiepolitik verursachen. Das Europäische Parlament bekommt endlich mehr Mitbestimmung. Doch Ansätze für einen Politikwechsel drohen inmitten einer konservativen Mehrheit unter den Tisch zu fallen. Wir brauchen mehr Druck, mehr überzeugende Ideen in der europäischen Politik, Alternativen, die innerhalb des Parlaments Mehrheiten finden und außerhalb des Parlamentes

hörbaren Zuspruch erhalten. Die europäische Finanztransaktionssteuer ist in der Debatte, auf höchstem europäischen Niveau müssen Voraussetzungen für Lösungen bei Mindestlohn und Arbeitslosenversicherung in den Mitgliedstaaten geschaffen werden, ein Rahmen für eine demokratische Medienordnung ist dringend, Gleichstellung und konsequente Politik gegen Rassismus und Unterdrückung – auch außerhalb Europas – brauchen mehr Durchsetzungskraft. Auch über die Linken hinaus setzen Menschen Abrüstung und eine gerechte Weltwirtschaft auf die Tagesordnung und suchen nach Wegen für ein soziales und ein demokratisches Europa, zu mehr kulturellem Austausch und guter Bildung. Davon kann man vieles Schritt für Schritt auch in Gewerkschaften, in Initiativen, in Kultur und Wissenschaft, an Hochschulen und anderswo anpacken. Dies stärkt auch die Linken im Parlament. Wir können immer vor Ort beginnen, ob in leidenschaftlichen Wahlkämpfen in NRW oder in sensiblen Überlegungen zu politischen Projekten der LINKEN, die wir mit unserer Programmdebatte anstoßen werden. Individueller Freiheitsgewinn und mehr soziale Gerech-

tigkeit, Frieden und Verantwortung für die Umwelt bleiben für uns die Ausgangspunkte politischen Handelns. Dafür brauchen wir konkrete Projekte, wie wir damit jetzt beginnen, bei leeren Kassen in den Kommunen, bei sozialen Schiefagen, die allesamt beständig Öl ins gefährliche Feuer der Politikverdrossenheit und Demokratiefeindlichkeit gießen. Die neue schwarz-gelbe Bundesregierung hat bisher weder Krisentauglichkeit noch Lösungskompetenz angezeigt. Ihr besinnungsloses Mantra von der Wachstumsbeschleunigung ist simple Umverteilung von unten nach oben. Ihre Salamtaktik angesichts der Beteiligung am verlorenen Krieg in Afghanistan ist Ausdruck einer Verantwortungslosigkeit ohnegleichen. Das ist ein Programm des politischen Versagens vor den Herausforderungen unserer Zeit. Die verlangen statt nach Bomben immer noch Solidarität mit den Schwächeren, denn nur daraus erwächst eine Stärke aller, sich an der Lösung der Probleme unserer Zeit zu beteiligen. Vorwärts und nicht vergessen!

■ **Lothar Bisky, MdEP, Vorsitzender der Partei DIE LINKE und der Partei der Europäischen Linken**

Thema:

Bundesgesetz belastet die Länder

Berlin hat im Bundesrat gegen das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung gestimmt. Weder die Absenkung des Umsatzsteuersatzes bei Beherbergungsleistungen noch die Verschlimmderung des Erbschaftsteuerrechts werden zu einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums beitragen, kritisierte Senator Harald Wolf (DIE LINKE) die von der Mehrheit der Bundesländer verabschiedeten Maßnahmen. Für das hochverschuldete Berlin bedeuten sie eine Belastung des Länderhaushalts und behindern wichtige konjunkturstabilisierende Infrastrukturmaßnahmen.

Ziel bleibt, nicht umziehen zu müssen

Das Bundessozialgericht hat das Land Berlin zu 13 Mio. Euro Schadenersatz verurteilt, weil es Regelungen zur Finanzierung von angemessenem Wohnraum für Hartz-IV-Beziehende großzügiger gehandhabt hat, als es das Gesetz vorschreibt. Gefordert hatte der Bund 46 Mio. Euro. Sowohl Sozialsenatorin Carola Bluhm als auch die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Elke Breitenbach (beide DIE LINKE) bedauerten das Urteil. Man halte an dem Ziel fest, dass Alg-II-Empfänger möglichst nicht umziehen müssen und sich auch weiterhin darauf konzentrieren können, Arbeit zu suchen. Dafür sei nicht nur die Frist der Überprüfung ausschlaggebend, sondern auch, dass die Höhe der Wohnkosten, die übernommen werden, mit der tatsächlichen Mietentwicklung im Einklang ist.

Umweltsenatorin Lompscher in Kopenhagen

Senatorin Katrin Lompscher (DIE LINKE) hat Berlin beim Klimagipfel in Kopenhagen vertreten. Bereits im Vorfeld machte sie deutlich: „Was global verabredet wird, muss lokal umgesetzt werden.“ Berlin habe sich auf die Senkung der CO₂-Emissionen um mehr als 40 Prozent bis zum Jahr 2020 verpflichtet. Dieser Verpflichtung werde u. a. mit dem Klimaschutzgesetz Rechnung getragen. Ein Entwurf des Gesetzes wird in der Stadt bereits intensiv diskutiert.



Protest gegen den Naziaufmarsch am 5. Dezember 2009 in Berlins Nachbarstadt Königs Wusterhausen: Der Landesparteitag der Berliner LINKEN schloss sich einstimmig dem Aufruf des Bündnisses für Demokratie und Toleranz in Treptow-Köpenick an. Mit dabei: Die Lichtenberger Bürgermeisterin Christina Emmrich, der Bezirksstadtrat Andreas Prüfer, beide DIE LINKE, die Bezirksbürgermeisterin von Treptow-Köpenick Gabriele Schöttler, SPD, und Bezirksstadträtin Ines Feierabend, DIE LINKE (v. l. n. r.). Es gelang leider nicht, den Naziaufmarsch in Königs Wusterhausen zu stoppen. Dafür hätten auch bedeutend mehr Delegierte und Mitglieder der LINKEN dem einstimmigen Beschluss des Landesparteitages folgen müssen.

Mit Vernunft durch die Krise kommen

Haushalt für 2010/2011 setzt Schwerpunkt bei Bildung und sozialer Infrastruktur

Nach einer 15-stündigen Marathonsitzung des Parlaments wurde Mitte Dezember im Abgeordnetenhaus der Berliner Landeshaushalt für die Jahre 2010 und 2011 beschlossen. Er hat einen Umfang von etwa 45 Milliarden Euro. 5,5 Milliarden Euro davon sind über neue Schulden finanziert. Das hat Rot-Rot nicht nur Zustimmung eingebracht. Doch war für uns sehr schnell klar: Berlin muss der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzkrise entgegensteuern und kann ihr nicht hinterherhinken. Denn das Problem sind die Einnahmeverluste, etwa 1,4 Milliarden Euro im Jahr 2009 und 1,9 Milliarden Euro 2010. Schon jetzt resultieren diese etwa zu 30 Prozent aus bundespolitischen Steuerrechtsveränderungen. Das wird noch dramatischer, wenn das Wachstumsbeschleunigungsgesetz kommt. Diese Mindereinnahmen lassen sich nicht kompensieren, ohne der Stadt großen Schaden zuzufügen. Das finden wir falsch. Wichtiger war, bei den ca. 650 Millionen Euro, die wir mehr ausgeben als 2009, Schwerpunkte zu setzen. Dazu zählen mindestens 6,5 Milliarden Euro für Löhne und Gehälter des öffentlichen Dienstes nach Auslaufen des Solidarpakts sowie 108 Millionen Euro 2010 und ca. 91 Millionen Euro 2011 für die Verbesserungen in den Kindertagesstätten. Außerdem steht mehr Geld für die Schulstrukturreform, für steigende Kosten der Unterkunft von Hartz-IV-Empfängenden, für die verbesserte Ausstattung der Bezirke zur Si-

cherung der sozialen Infrastruktur der Stadt und zur Umsetzung des Konjunkturprogramms zur Verfügung. Das Ziel bleibt für die Zukunft dennoch, wieder einen ausgeglichenen Haushalt und ab 2020 sogar einen Haushalt ohne Schuldenaufnahme zu erreichen. Das wird nicht leicht, denn drei wesentliche Faktoren setzen der Haushaltskonsolidierung erhebliche Grenzen. Die Transferausgaben steigen im Zuge der weiteren Ausprägung sozialer Bedürftigkeit. Die Personalausgaben steigen im Zuge der Anpassung an bundesdeutsches Tarifniveau. Die Zinsausgaben steigen selbst bei dem gegenwärtigen niedrigen Zinsniveau in dreistelliger Millionenhöhe. Wir bleiben in der Verantwortung, die Schuldenaufnahme zu reduzieren und diszipliniert bei den Ausgaben zu sein. Zu dieser Erkenntnis brauchen wir allerdings keine Schuldenbremse per Verordnung und auch keinen Stabilitätsrat. Sparen hat etwas mit politischer Entscheidung zu tun und damit, ob die Art und Weise des Sparens auf die demokratische Legitimation durch den Souverän trifft. Wir wollen, dass Haushaltsbeschlüsse auch künftig ein politischer Akt und kein rechnerischer Vollzug sind.

■ Jutta Matuschek, haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus

In Tegel den sozial-ökologischen Umbau Berlins vorantreiben!

Forschungs- und Industriepark Zukunftstechnologie und Waldaktien zur Renaturierung

Grüne Politik ist nicht notwendigerweise links, aber linke Politik unter den Bedingungen der globalen Klimaerwärmung ist notwendigerweise grün. Aus linker Perspektive ist dabei ökologische Nachhaltigkeitspolitik mit einer neuen sozialen Idee zu verbinden. Mit dieser von SPD wie Grünen vernachlässigten Zielsetzung hat unser Landesparteitag unlängst die Klimapolitik mutig zu einem der Schwerpunkte der LINKEN in den kommenden Jahren erklärt. Konsequenterweise hat er die Frage der Nachnutzung der Flughafengelände in Tempelhof und Tegel in diesen Zusammenhang gestellt.

Rot-Rot in Berlin hat sich ehrgeizige Klimaschutzziele bis 2020 gesetzt. Um diese zu erreichen, ist nicht weniger als ein Strukturwandel in fast allen gesellschaftlichen Bereichen erforderlich, der gleichzeitig dem linken Anspruch an eine soziale Stadt gerecht wird. Die außerordentlichen Möglichkeiten, die die Nachnutzung der riesigen, frei werdenden innerstädtischen Flächen in Tempelhof und Tegel bietet, müssen hierfür genutzt werden.

Die Ergebnisse des Werkstattverfahrens der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zur Zukunft des Tegeler-Feldes gehen grundsätzlich in die richtige Richtung. Im Zentrum steht die Idee, Terminalgebäude und Umgebung als Standort für einen „Forschungs- und Industriepark Zukunftstechnologie“ zu nutzen und gleichzeitig einen großen Teil des Geländes als Landschafts- und Naturraum sowie Kaltluftschneise zu erhalten.

Für die notwendige Teil-Renaturierung schlägt DIE LINKE eine Aufforstung nach dem Konzept der Waldaktien vor. So könnten Touristen, die nach Berlin kommen, ihren Ausflug CO₂-neutral gestalten, indem sie für zehn Euro einen Baum pflanzen lassen. Natürlich können sich auch Berlinerinnen und Berliner mit Waldaktien an der Renaturierung beteiligen und sich so im wahrsten Sinne des Wortes diesen neuen Naturraum aneignen.

In den kommenden Monaten muss der Nachnutzungsprozess dringend bürgernäher gestaltet, müssen die lokalen Akteure gezielt einbezogen werden. Nur so kann dieser Prozess mit der Frage der Lebensqualität in den betroffenen Bezirken verknüpft werden. Anstelle einer aufwändigen, nicht natürlichen und teuren Freiraumflächennutzung will DIE LINKE eine behutsame Entwicklung von zur Naherholung erschlossenem Naturraum. Es darf keine überbordende Flächenangebotsplanung, losgelöst von klaren Nutzungsabsichten, erfolgen. Bei der Ansiedlung sollte auf Umweltindustrie, -forschung und -entwicklung zu guten Arbeitsbedingungen orientiert werden. Eine Schwerpunktsetzung auf die Erforschung und Produktion von Elektromotoren und Energiespeichertechnik für Fahrzeuge hätte in besonderem Maße Vorbildcharakter auf dem Weg zum sozial-ökologischen Umbau Berlins zu vielleicht dem ersten deutschen Stadt mit einem ÖPNV, der ohne fossile Brennstoffe auskommt.

■ *Felix Lederle, Mitglied des Landesvorstands*

Flughafen Tegel

- Größe: 461 ha, davon 159 ha (34 Prozent) im Eigentum des Landes Berlin, 302 ha (66 Prozent) gehören dem Bund
- Flugfeld: Länge Start- und Landebahnen 3,0 km / 2,4 km, Fläche Start- und Landebahnen 340.000 m²
- 99 Gebäude, davon 66 Gebäude in Tegel Nord, 33 Gebäude in Tegel Süd
- Architekten: Gerkan, Marg und Nickels
- erbaut von 1969 bis 1976
- 1948–1990 Flughafen der französischen Alliierten
- 1960 Aufnahme des zivilen Luftverkehrs
- 1975–1985 gesamte zivile Luftfahrt Westberlins über Tegel
- 3.10.1990 Planfeststellung als ziviler Flughafen
- 2.2.2006 Bescheid über die Aufhebung der Planfeststellung

Seit Beginn des Jahres 2009 arbeitet ein vom Landesvorstand gebildetes Kompetenzteam zur Nachnutzung der Berliner Flughäfen. Die LINKE Reinickendorf hat bereits im März 2009 ein öffentliches Forum zur Nachnutzung des Flughafens Tegel durchgeführt und eigene Vorschläge unterbreitet. Diese werden vom Kompetenzteam und von der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus sowie dem Landesvorstand der LINKEN Berlin unterstützt.

Ein Workshop im Reinickendorfer Roten Laden, an dem u. a. die Umweltsenatorin Katrin Lompscher (DIE LINKE) und die umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Marion Platta, teilnahmen, brachte weitere Konkretisierungen auf den Weg. Diese können unter die Überschriften „Ökologische Zukunft Berlins“, „Aneignen mit Waldaktien“, „Konzepte für mehr Lebensqualität in Reinickendorf“ und „Abgasfrei durch die Stadt?“ gefasst werden. Mehr und ausführliche Informationen zur Nachnutzungsdebatte für das Flughafenareal Tegel und zu den Vorschlägen der LINKEN Berlin sind auf der Homepage der LINKEN Reinickendorf zu finden: www.die-linke-reinickendorf.de/kommunales/themen/flughafen_tegel/

■ *Jürgen Schimrock, Mitglied des Bezirksvorstands Reinickendorf*

Das Zukunftsbild für TXL

Forschungs- und Industriepark Zukunftstechnologie zwischen Stadt und Landschaft



Foto: Annegret Gabelin

Nachnutzung Flughafen Tegel

Im Herbst 2011 wird der Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) den gesamten Flugverkehr von und nach Berlin übernehmen. Die Stadt steht vor der großen Herausforderung und hat die Chance, Konzepte zur Nachnutzung von Tegel langfristig und öffentlich zu erarbeiten, zu diskutieren und dann umzusetzen. Am 9. Dezember 2009 fand bereits die 3. Standortkonferenz statt. Deren Ergebnisse – Konzepte und Überlegungen zur Änderung des Flächennutzungsplanes werden noch bis 15. Januar 2010, Mo–Sa 10–18 Uhr, in einer Ausstellung im Lichthof der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Am Köllnischen Park 3, 10179 Berlin) gezeigt.

Termine:

12. Januar

Iran – Revolution 2.0?

Die Bewegung gegen Ahmadinedschad und die Rolle der neuen Medien
Gemeinsame Veranstaltung von Helle Panke e. V. mit der Linken Medienakademie (LiMA) und der taz
Eintritt: 1,50 Euro
19.30 Uhr, tazcafé,
Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin

21. Januar

Reihe «Forum Wirtschafts- und Sozialpolitik»

Nach der Transformation: Ostdeutschland – Sackgasse oder Zukunft?

Mit Dr. Michael Thomas, Leiter der Autorengruppe, die die Studie ausgearbeitet hat; Prof. Dr. Norbert Peche, Autor des Buchs «Selbst ist das Volk»; Moderation: Prof. Dr. Klaus Steinitz
Eintritt: 1,50 Euro
18 Uhr, Helle Panke,
Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

21. Januar

Schwarz-gelbe Koalition – Der leidende Patient

Linkstreff mit Dr. Wolfgang Albers, Gesundheits- und wissenschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus
19 Uhr, Roter Laden,
Weidenweg 17, 10249 Berlin

27. Januar

„Opfer sein, unschuldig sein“

Der umstrittene Weg zur Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“
Mit Luc Jochimsen, MdB DIE LINKE; Dirk Burczyk, Mitarbeiter MdB-Büro Ulla Jelpke, DIE LINKE; Holger Politt, Leiter des RLS-Büros in Warschau; Moderation: Gerd Wiegel, Referent Rechtsextremismus/Antifaschismus, Bundestagsfraktion DIE LINKE
Eintritt: 1,50 Euro
18 Uhr, Helle Panke,
Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

28. Januar

Reihe „Rendezvous“

Auf ein Neues

Erwartungen an 2010 für Frieden und Solidarität
Ilona Schleicher (SODI) berichtet über gemeinsame Solidaritätsaktionen in Wort und Bild
Eintritt: 1,50 Euro
15 Uhr, Helle Panke,
Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Impressum:

DIE LINKE.
Landesvorstand Berlin
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60
E-Mail: lv@die-linke-berlin.de
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin
Titel & Gestaltung: WARENFORM
Druck: Druckerei Bunter Hund
Redaktionsschluss: 4. 1. 2010

Kalenderblatt: 28. Januar 1990

„Regierung der nationalen Verantwortung“ vereinbart

In einer Podiumsdebatte in der Robert-Havemann-Gesellschaft wurde der Vorwurf erhoben, ich hätte am 28. Januar 1990 einen geschickten „Winkelzug“ vollzogen. Da in der öffentlichen Welle der zwanzigsten Jahrestage dieses Datum wohl kaum Bedeutung finden wird, eine kurze Betrachtung dazu. Seit dem 7. Dezember 1989 wurden die wöchentlichen Tagungen des Zentralen Runden Tisches durchgeführt. Am 15. und 22. Januar gab der Ministerpräsident hier eine Erklärung zur Lage im Land ab und forderte die Parteien, die außerhalb der Regierung waren, auf, mit in die Regierungsverantwortung einzutreten. In Übereinstimmung mit den Moderatoren des Runden Tisches sprach der Ministerpräsident eine Einladung für den 28. Januar aus und bat alle Parteien des Runden Tisches um ein Gespräch im Johannishof, dem Gästehaus der Regierung an der Friedrichstraße. Es ging hier keinesfalls um einen „Winkelzug“. Am 26. Januar hatten sich die Noehopositionsparteien des Runden Tisches über die Bedingungen für einen Beitritt zur Regierung beraten und bis auf die Vereinigte Linke sich über den Beitritt verständigt. Der 28. Januar war dennoch nicht frei von Vorbehalten und Widersprüchen. Die Beratung wurde mehrmals unterbrochen, die etablierten und die neuen Parteien führten getrennte Beratungen.

Die Vertreter der SDP stellten die Forderung, den Termin der Volkskammerwahlen vom 6. Mai auf einen früheren Termin zu legen. Sie glaubten den Stimmumfangen und sahen in einem früheren Termin Vorteile für sich. Gregor Gysi unterstützte für die SED/PDS diesen Antrag und gemeinsam mit Lothar de Maiziere schlug er den 18. März als frühesten Termin vor, was allgemein Zustimmung fand. Mit dieser Entscheidung wurde ein zweites Problem gelöst. Die Erweiterung der Regierung sollte mit Ministern von gleichem Rang, aber ohne konkreten Geschäftsbereich erfolgen. Angesichts der knappen Frist konnte eine neue Struktur der Regierung nicht entfaltet und die gewonnene relative Stabilität im Land nur so gehalten werden. Am 5. Februar 1990 stimmte die Volkskammer der DDR der Regierung der Nationalen Verantwortung zu. Sie nimmt in der deutschen Geschichte historisch gesehen einen besonderen Platz ein. Wenn Demokratie nicht auf eine alle vier Jahre erfolgende Wahl reduziert wird, dann war die „Regierung der Nationalen Verantwortung“ ihrem Profil nach die politisch breiteste und repräsentativste und für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Zustimmungswürdigste Regierung.

■ Hans Modrow, Vorsitzender des Ministerrates der DDR vom 13.11.1989 bis 12.4.1990

13. Februar 2010, Dresden: Nazis stoppen! Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg!

**NAZI
AUFM
ÄRSCHEN
STOPPEN**

Die Neonazis wollen am 13. Februar 2010 in Dresden aufmarschieren. Sie missbrauchen den 65. Jahrestag der Bombardierung Dresdens, um die Verbrechen des Naziregimes zu leugnen und Nazideutschland zum Opfer des 2. Weltkrieges umzudeuten. DIE LINKE meint: Wir dürfen nicht zulassen, dass die Nazis mit ihren nationalistischen, geschichtsrevisionistischen und mörderischen Parolen durch Dresden marschieren. Wir wollen sie stoppen! Uns gehört die Stadt! „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ ...

Unser Protest braucht eine neue Qualität. DIE LINKE will dazu beitragen, mit vereinten antifaschistischen Kräften und Bündnispartnern in Gewerkschaften, Parteien und weiteren Organisationen, den Naziaufmarsch 2010 zu verhindern. Wir wollen uns den Nazis in einem breiten Bündnis entschlossen entgegenstellen. Kommt mit nach Dresden! (Aus der Erklärung des Parteivorstandes vom 12. Dezember 2009)

Für eine geringe Kostenbeteiligung wird eine Mitreisemöglichkeit angeboten.

Anmeldung: 13.februar@die-linke-berlin.de, Tel. 24 00 92 89

SERVICE